

27. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

23.-25. November 2007, CongressCenter Nürnberg

Nachhaltig und gerecht: Grüne Marktwirtschaft

Wir leben in Zeiten gravierender Herausforderungen und beschleunigter Fehlentwicklungen. Die globale Erwärmung und die damit verbundenen Naturkatastrophen zeigen die Grenzen eines weltweit unregulierten kapitalistischen Wirtschaftsmodells, das sich nicht um die natürlichen Ressourcen und die Lebensbedingungen künftiger Generationen schert. Die verdrängten ökologischen und sozialen Folgekosten unserer Wirtschaftsweise übersteigen ihre Wohlfahrtsgewinne. Die Globalisierung der Wirtschaft, der Finanzströme und der Kommunikation sprengt die Grenzen nationaler Volkswirtschaften. Sie verschärft die Kluft zwischen Arm und Reich – in unserer Gesellschaft und weltweit. Die Industriegesellschaft des vergangenen Jahrhunderts verwandelt sich auf der Basis von Wissen, Kultur und Innovation in eine hochkomplexe Dienstleistungsökonomie. Während die Wirtschaft global agiert, bleiben die sozialen Sicherungssysteme national bzw. regional. Ihre Finanzierungsbasis wird untergraben. Während das Kapital mobil ist und sich demokratischer Regulierung und sozialer Verantwortung weitgehend entzieht, geraten Löhne, Steuer- und Sozialsysteme unter den Druck der von Wirtschaftsinteressen getriebenen „Standortkonkurrenz“. Durch das Steuerdumping konkurrierender Standorte verschärft sich die Finanzierungskrise der Sozialstaaten. Die Massenarbeitslosigkeit, insbesondere die anhaltend hohe Langzeitarbeitslosigkeit, ist weiterhin eines der zentralen Probleme in Deutschland. Sie grenzt die Betroffenen aus und entmutigt sie.

In einem Land wie Deutschland kommen immense demografische Probleme hinzu: immer weniger junge Menschen in Erwerbsarbeit sollen mit lohnbezogenen Beiträgen die ansteigenden Sozialkosten finanzieren. Die hohe Arbeitslosigkeit, ausgeprägte Schwarzarbeit, temporäre Beschäftigung, Lohndumping sowie eine ungenügende Steuerbemessungsgrundlage untergraben zusätzlich die Finanzierung des Staates und der sozialen Sicherung. Gleichzeitig kostet das Ehegattensplitting, das nur die Ehe und nicht etwa das Leben mit Kindern fördert, die SteuerzahlerInnen Milliardenbeträge. Auch die Staatsverschuldung vermindert die Handlungsmöglichkeiten des Staates, sowohl bei den Investitionen als auch in Fragen des sozialen Ausgleichs.

Das alles sind Herausforderungen, denen man mit dem Beschwören der guten alten oder einer neoliberalen „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“ bzw. mit rituellen Bekenntnissen zu mehr Wachstum nicht wirksam begegnen kann. Deswegen stehen wir vor einer Reihe von

Transformationen, die das Verhältnis von Markt und Ordnungsrahmen, von Wirtschaft und staatlicher Politik betreffen. Viele der genannten Probleme und Herausforderungen können vom Markt allein nicht gelöst werden. Sich selbst überlassen sind Märkte sowohl ökologisch als auch in sozialer Hinsicht blind. Das ist der Grund des sich vor unseren Augen vollziehenden Scheiterns des Neoliberalismus. Funktionierende Märkte brauchen einen demokratisch legitimierten Rahmen und sie benötigen Regeln. Allerdings können Wirtschaft und Staat in vielen Bereichen ohne funktionierende Märkte nicht die Dynamik entfalten, die notwendig ist, um effiziente Problemlösungen zu gewährleisten.

Markt, Staat und Gesellschaft

Märkte und Wettbewerb sind für BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN kein Fetisch. Der Staat hat die Aufgabe, den Rahmen so zu gestalten, dass auf der Basis einer klaren Werteorientierung ein zum Wettbewerb befähigender Markt die gewünschten Ziele effektiv erreichen kann. Es ist die Aufgabe des Staates bzw. der Staatengemeinschaft, dafür zu sorgen, Marktversagen zu verhindern bzw. dann einzugreifen, wenn Marktversagen vorliegt. Die Klimakatastrophe zum Beispiel ist Ergebnis globalen Marktversagens und erfordert korrigierende Eingriffe in das Marktgeschehen im bisher nicht da gewesenen Ausmaß. Die unsichtbare Hand des Marktes, die in Adam Smiths Metaphorik dafür sorgen soll, dass sich Eigeninteresse und Allgemeininteresse decken, kann nur funktionieren, wenn staatliche und internationale Ordnungssysteme zur Regulierung von Märkten bestehen. Die unsichtbare Hand wird dann und nur dann grün, wenn die globalen Rahmenbedingungen einer globalisierten Marktwirtschaft so gewählt sind, dass die Preise die ökologische Wahrheit sagen bzw. wenn ordnungspolitisch klar formuliert ist, was geht und was nicht geht. Nur dann entstehen Umweltverschwendern durch den Markt Nachteile, während umweltkonformes Verhalten belohnt wird. Märkte können nur Mittel zum Erreichen höchstmöglicher Effizienz sein, wenn die politischen Rahmenbedingungen stimmen. Politikversagen kann durch Märkte nicht korrigiert werden.

Märkte und Wettbewerb sind kein Selbstzweck. Sie können Teil des gesellschaftlichen Innovationsprozesses sein und zu Problemlösungen beitragen – wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Die Märkten und Wettbewerb eigene Verwandlung abstrakter Informationen aller Art in Preise, kann zu Effizienzsteigerungen beitragen, die jedoch der qualitativen Zielbestimmung durch die Politik bedürfen. Dazu gehört u.a. auch der Abbau von Informationsasymmetrien zwischen VerbraucherInnen und Unternehmen.

Nur soziale Marktwirtschaft ist Grüne Marktwirtschaft. Sie ist eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die Gerechtigkeit im nationalen und internationalen Rahmen zum Ziel hat. Sie geht von dem Grundsatz aus, dass wirtschaftlicher und technologischer Fortschritt allen zugute kommen muss und nicht nur einigen Wenigen. Deswegen schafft grüne Wirtschaftspolitik Rahmenbedingungen, die Frauen und Männer, die gesellschaftlich notwendige Aufgaben meist unbezahlt im privaten Bereich (z.B. in der Care-Ökonomie) übernehmen, eigenständig absichern. Deshalb gehört zum Kern Grüner Marktwirtschaft neben Zugangschancen zu Arbeit, Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands – und zwar für beide Geschlechter. Märkte produzieren sich selbst überlassen keine sozial gerechten Ergebnisse, weil sie neben Wohlstand auch Armut und soziale Ausgrenzung hervorbringen. Der Staat muss hier für einen Rahmen

sorgen, der die Spaltung der Gesellschaft und der Welt in Arm und Reich überwindet und soziale Gerechtigkeit im Sinne der verschiedenen Aspekte des modernen Gerechtigkeitsbegriffes schafft. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben einen erweiterten Gerechtigkeitsbegriff und verbinden damit Verteilungsgerechtigkeit, Teilhabe- und Chancengerechtigkeit, Generationengerechtigkeit sowie Geschlechtergerechtigkeit und internationale Gerechtigkeit.

Es ist nicht alles Markt, was glänzt. Es gibt viele Bereiche gesellschaftlicher Austauschbeziehungen, die nicht über Märkte zu organisieren sind. Gesellschaftliche Aufgaben wie Kindererziehung, Pflege von Angehörigen, Nachbarschaftshilfe oder ehrenamtliche Tätigkeiten bilden das soziale Kerngerüst einer Gesellschaft frei kooperierender Individuen. Das können Märkte nicht besser. In diesem Sinne wollen wir eine Ökonomie haben, nicht aber eine Ökonomie sein. Die bürgerschaftlichen, sozialen oder einfach nur menschlichen Verhaltensweisen in einer Gesellschaft allein wirtschaftlich zu betrachten ist ungenügend. So gibt es Bereiche, in denen die Marktlogik nicht gilt und gelten darf: dazu gehört das Bildungssystem, wichtige Teile des Gesundheitssystems, sowie Genossenschaften oder andere Formen solidarischer Ökonomie. Genossenschaften, selbstbestimmte Betriebe, gemeinnützige Stiftungen und andere Formen der alternativen Ökonomie lösen übliche Gegensätze – Kapital gegen Arbeit, Eigentümer gegen Kunden – auf. Sie sind daher Beispiele für verantwortungsvolles Unternehmertum, auch in wettbewerblichen Märkten, und haben häufig eine wichtige Rolle für soziale und ökologische Innovationen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diesen Dritten Sektor stärken.

Netzgebundene Infrastrukturen, Bildung und andere öffentliche Güter bilden erst die Voraussetzung für das Funktionieren von Märkten. Es ist eine der Kernaufgaben des Staates dafür zu sorgen, dass öffentliche Güter in diesem Sinne bewahrt bzw. neu errichtet werden.

Wenn wir die oben beschriebenen Herausforderungen meistern wollen, müssen wir jenseits von neoliberaler Marktvergötterung und altlinker Überschätzung staatlicher Planungs- und Steuerungsfähigkeit nach den Rahmenbedingungen fragen, die die funktionierenden Märkte der Zukunft brauchen. Wir brauchen Regeln für den deutschen Markt, für den europäischen Binnenmarkt und Regeln für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung. Es ist die Aufgabe der Politik, durch die Setzung von ökologischen und sozialen Regeln einen fairen und effektiven Wettbewerb zu ermöglichen.

Ökologische Marktwirtschaft

Die ökologische Herausforderung, vor der wir stehen, verlangt nach Rahmenbedingungen, die den Markt und seine Akteure zwingen, nach den besten ökologischen Lösungen zu suchen. So erfordert die Menschheitsaufgabe des Klimaschutzes gravierende Veränderungen gegenüber dem bisherigen, ökologisch blinden Marktgeschehen, etwa wenn es darum geht, Investitionen in neue Kohlekraftwerke zu verhindern, klimaschonende Technologien marktfähig zu machen und ineffiziente Produkte vom Markt zu verdrängen. Aber auch im Naturschutz und beim Erhalt der Biodiversität werden wir unsere Ziele nur durch klare ordnungsrechtliche Vorgaben erreichen können. In einer Grünen Marktwirtschaft kann nur derjenige in der Zukunft bestehen, der Ressourcen sparend und schonend produziert und konsumiert. Den Rahmen setzt ein richtiger Mix aus Steuern, Grenzwerten und Verboten einerseits und Anreizen andererseits sowie indirekten Maßnahmen. Beispiele für Letztere wären ein am Bedarf der Wohnung ausgerichteter Gebäudepass, der die VerbraucherInnen

über den tatsächlichen ökologischen Wert einer Wohnung oder eines Hauses informiert, oder die Pflicht für Finanzdienstleister, AnlegerInnen über die ökologischen Wirkungen ihres Investments zu informieren. Manche dieser Rahmensetzungen sind direkt in Preise verwandelbar - wie es bei den Emissionszertifikaten geschieht - und manche indirekt, wie zum Beispiel bei vom Staat gesetzten Verbrauchsobergrenzen für Autos oder dem Top-Runner-Ansatz für Elektrogeräte. Es geht darum, Wettbewerbe um den besten technischen Standard auszulösen und in einen dynamischen Prozess um Erneuerung und ökologische Optimierung einzutreten. Als nicht immer wirksam erwiesen haben sich Selbstverpflichtungen der Wirtschaft. Selbstverpflichtungen haben häufig auch im Sinne einer Hinhaltenaktik gewirkt. Regeln ohne Durchsetzungsmöglichkeit halten jedoch die Entwicklung der Wirtschaft selbst auf.

Mit der ökologischen Steuerreform haben wir einen erfolgreichen ersten Schritt gemacht, um unser Abgabensystem ökologisch auszurichten. Weitere Schritte sind nötig, wenn wir den Klimawandel begrenzen, die Ressourceneffizienz steigern und den Flächenverbrauch eindämmen wollen. Konkret muss eine ökologische Finanzreform umweltschädliche Subventionen zum Beispiel im Verkehrsbereich konsequent abbauen und über eine Reform der Grundsteuer einen sparsamen Umgang mit der endlichen Ressource Fläche erreichen.

Wir legen Wert auf die Feststellung, dass Grüne Marktwirtschaft nicht nur umweltverträglicher, sondern auch wirtschaftlich erfolgreicher ist als die bisherige ökologisch blinde Marktwirtschaft, die darauf setzte, Kosten zu Lasten der Natur und äußerst begrenzter Ressourcen zu externalisieren. Denn Grüne Marktwirtschaft reduziert durch ökologische Sparsamkeit und Effizienz die exorbitanten Folgekosten ökologischer Misswirtschaft. Damit wird die Natur geschont. Und damit werden die Handlungsfähigkeit und die Freiheit künftiger Generationen vergrößert. Ökologische Marktwirtschaft ist somit eine Wirtschaftsordnung, die dem Wert der Generationengerechtigkeit verpflichtet ist. Wir sehen schon heute, dass sich gegen die Umwelt auf Dauer kein Gewinn erzielen lässt. Die klaren ökologischen Rahmenbedingungen, die wir für unser Wirtschaften setzen wollen, bringen Technologievorsprünge hervor und sichern so viele Arbeitsplätze in unserem auf Innovationen angewiesenen Land. Die beispiellose grüne Erfolgsgeschichte der erneuerbaren Energien zeigt das Muster der technologischen Innovationen: Der Ausstieg aus der Atomwirtschaft, die Ökosteuer und das Erneuerbare-Energien-Gesetz haben den Grundstein dafür gelegt, dass in Deutschland die erneuerbaren Energiequellen boomen. So kann man mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben.

Qualitatives Wachstum bei abnehmendem Ressourcenverbrauch

Grüne Marktwirtschaft ist nicht blindem, rein quantitativem Wachstum verpflichtet. Wir fragen, was wächst und wozu es wächst. Wir hinterfragen, ob das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts wirklich als Gradmesser für die Wohlfahrt einer Gesellschaft taugt. Wir fragen, ob das Wachstum zu Lasten der Zukunft geht. Und wir fragen, ob unser Wachstum zu Lasten ärmerer Länder geht oder nicht. Die soziale und ökologische Gestaltung der Globalisierung ist für uns eine Schlüsselfrage globaler Gerechtigkeit.

Die vor uns liegende ökologische Modernisierung unserer Produktion und unseres Konsums bedeutet qualitatives Wachstum über eine längere Zeit. Die Überwindung globaler Armut, Zugang zu Energie und Mobilität, die Beendigung der hohen Staatsverschuldung werden

quantitatives Wachstum notwendig machen. Und angesichts der immens hohen Staatsverschuldung wird es auch nötig sein, Wachstum zu erzielen. Allerdings müssen wir Schritt für Schritt die strukturelle Abhängigkeit von quantitativem Wachstum abbauen. Wir brauchen eine Wirtschaftsordnung, die nicht sofort in die Knie geht, wenn das Bruttosozialprodukt einmal einige Jahre nicht wächst. Ausgeglichene Haushalte und der Abbau der Staatsverschuldung sind eine wesentliche Voraussetzung dafür. Qualitatives Wachstum zeichnet sich durch eine systematische Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch aus. Wachstum muss also mit einer Senkung des Ressourcenverbrauchs und der Emissionen einhergehen. Dabei müssen die Emissionen nach verbrauchten und nicht nach produzierten Gütern ermittelt werden.

Grüne Marktwirtschaft macht die Zukunft zum Gegenstand der heutigen Politik. Das ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit, die uns verbietet, unseren heutigen Wohlstand zu Lasten künftiger Generationen zu erzielen. Dies gilt für die Ökologie, die Staatsverschuldung, für die Bereitstellung und den Erhalt öffentlicher Güter und für die Alterssicherung der Zukunft. Wir stehen für eine Politik, die die Zukunftsvergessenheit traditioneller Marktwirtschaft überwindet.

Der soziale Rahmen der Grünen Marktwirtschaft

Grüne Marktwirtschaft verlangt nach einem neuen sozialen Rahmen, der einen Neuaufbruch in der Sozialpolitik ermöglicht. Dies gilt für die alte deutsche „soziale Marktwirtschaft“, aber darüber hinaus auch für das europäische Sozialmodell. Wir brauchen stabil finanzierte soziale Transferleistungen und eine soziale Infrastruktur, die den verschiedenen Dimensionen, die Armut heute angenommen hat, entgegenwirkt. Ein moderner Sozialstaat darf Ausgrenzung nicht hinnehmen und Armut nicht nur verwalten. Er muss seinen Bürgerinnen und Bürgern deshalb neben einer sozialen Grundabsicherung, deutlich über dem bestehenden Niveau, systematische Zugänge zu Bildung, zu Arbeit und zu gesellschaftlicher Teilhabe bieten. Die Systeme der sozialen Sicherung müssen an die zunehmend unsteteren Erwerbsverläufe angepasst und von den Arbeitskosten unabhängiger werden.

Der Abbau der Erwerbsarbeitslosigkeit und die Anerkennung von allen Formen der Eigenarbeit, der Familienarbeit, der sozialen, ökologischen und kulturellen Arbeit, des bürgerschaftlichen Engagements sind zentrale Ziele einer sich sozial und ökologisch definierenden Wirtschaftspolitik. Wir brauchen neue Arbeitsplätze durch Innovationen im Rahmen der Wissensgesellschaft, durch qualitätsvolle Professionalisierung im Bereich der personenbezogenen und familiennahen Dienstleistungen und wir brauchen neue Arbeitsplätze mit existenzsichernden Löhnen für Menschen mit geringeren Qualifikationen. Das grüne Progressivmodell, das eine Senkung der Lohnzusatzkosten im unteren und mittleren Bereich der Einkommen vorsieht, ist – neben einem gesetzlichen Mindestlohn - ein Instrument, damit man in diesem Bereich von seiner Arbeit leben kann und nicht zusätzlich Arbeitslosengeld II beantragen muss. Außerdem werden durch das Senken der Lohnnebenkosten in diesem Bereich neue Arbeitsplätze vor allem im Dienstleistungsbereich entstehen bzw. aus der Schwarzarbeit in den Erwerbsarbeitssektor übergehen können. Bündnis 90/Die Grünen halten nichts von der Vorstellung vom „Ende der Arbeit“. Es kommt uns darauf an, dass alle Menschen Zugang zur Erwerbsarbeit haben. Dies bedeutet für die Menschen die arbeitslos sind, dass sie individuelle Möglichkeiten zur Qualifizierung bekommen. Sie müssen effektiv gefördert

werden und dürfen nicht durch Pseudoangebote in Warteschleifen geparkt werden. Frauen und Männer, die nach einer Familienphase wieder in den Beruf einsteigen, brauchen einen Rechtsanspruch auf aktive Maßnahmen zur Wiedereingliederung in das Erwerbsleben. Für diejenigen Dauerarbeitslosen, die auch bei optimaler Weiterbildung keine tatsächlichen Chancen haben in dauerhafte Beschäftigung zu gelangen, fordern wir die Einrichtung eines dauerhaften sozialen Arbeitsmarktes, bei dem durch Lohnzuschüsse zum Beispiel an Integrationsfirmen, Produktivitätsdefizite dieser Beschäftigten ausgeglichen werden.

Arbeit braucht faire Rahmenbedingungen. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedeutet eine gerechte Verteilung die Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Tätigen. Eine soziale Wirtschaftspolitik kann nicht bedeuten, dass keine Arbeitslosigkeit mehr besteht, aber der/die Vollzeitlerwerbstätige von seinen/ihren Einkünften nicht leben kann.

Eine soziale Wirtschaftspolitik kann auch nicht bedeuten, dass die höchsten Angestellten eines Unternehmens mehr als das Tausendfache des geringst bezahlten Tätigen erhalten. Um Lohndumping auf Kosten der Beschäftigten zu verhindern, wollen wir einen gesetzlichen Mindestlohn einführen, als Lohnuntergrenze für regional- und branchenspezifisch differenzierte Mindestlöhne. Wir brauchen Regeln, die das Unterlaufen von Tarifverträgen durch Leih- und Zeitarbeit verhindern. Wir brauchen den geschlechtsspezifischen Blick auf die Tarifpolitik, um auch in den klassischen Frauenberufen zu einer gerechteren Bezahlung und zu existenzsichernden Löhnen zu kommen. Die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern bei gleichwertiger Arbeit müssen endlich abgeschafft werden.

Durch ein gerechtes Steuersystem wollen wir soziale Transfers finanzieren, die eine Umverteilung von den Reichen zugunsten der Schwächeren leisten. Neben der Verteilungsgerechtigkeit ist Teilhabegerechtigkeit ein zentraler Wert grüner Politik. Dafür brauchen wir eine Infrastruktur des Sozialen, die dafür sorgt, dass alle (und immer wieder) über neue und bedarfsgerechte Zugangschancen verfügen.

Das Gesundheitssystem wollen wir auf eine breitere finanzielle Grundlage stellen, indem auch Bezieher hoher Gehälter und Vermögenseinkommen in den Solidarausgleich eingebunden werden. In die Grüne Bürgerversicherung werden auch die heute häufig schlecht abgesicherten Selbstständigen einbezogen.

Grüne Politik verlangt nach einem ermutigenden und aktivierenden Staat, der nicht entmündigt, sondern Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Ein Sozialstaat, der versucht, Gerechtigkeit allzu bürokratisch zu organisieren, ist kontraproduktiv.

Arbeitsplätze in kleinen und mittleren Unternehmen

Mit grünen Ideen entstehen zukunftsfähige Arbeitsplätze. Lange ist die beschäftigungspolitische Bedeutung von ökologischer Wirtschaftspolitik kleingeredet worden. Der Boom erneuerbarer Energien ist der Einstieg des Mittelstandes in die Strom- und Wärmeproduktion. Bisher sind hier 235 000 Arbeitsplätze zusätzlich entstanden. Mittlerweile arbeiten mehr Menschen im Umweltbereich als in der Automobilindustrie. Energie-, Material- und Ressourcenproduktivität bieten gute Beschäftigungschancen für viele. Darüber hinaus haben uns andere europäische Länder vorgemacht, dass neue Arbeitsplätze - auch im öffentlichen Sektor, z.B. im Bildungs- und Pflegebereich - vor allem im Gesundheitsmarkt und in anderen Dienstleistungsbereichen oder in der Kreativwirtschaft entstehen können. Dieses

Potential ist in Deutschland bei weitem noch nicht ausgeschöpft. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die vielfältigen Formen des Wirtschaftens durch die Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen unterstützen. Dazu gehören die Vereinfachung der Gründungsförderung und die bessere Absicherung der Personengesellschaften.

Gerade weil wir kleine und mittlere Betriebe stärken wollen, nehmen wir Bürokratieabbau für alle Politikbereiche so ernst. Große Unternehmen haben viel weniger Probleme mit staatlichen Bürokratieranforderungen als kleine und mittlere, gerade eigentümergeführte Unternehmen. Grüne Marktwirtschaft muss ihre ehrgeizigen ökologischen und sozialen Ziele mit insgesamt weniger bürokratischem Aufwand erreichen. Sonst erstickt das unternehmerische Handeln, das wir für die Erreichung dieser Ziele brauchen. Bürokratieabbau darf nicht für haltlose Deregulierung missbraucht werden.

Wandel der Arbeitswelt gestalten

Die Arbeitswelt hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark gewandelt. Erwerbskarrieren sind unsteter geworden. Phasen der Beschäftigung werden von Phasen der Selbständigkeit, der Weiterqualifizierung, der beruflichen Neuorientierung oder der Arbeitslosigkeit abgelöst. Der Strukturwandel, hin zu forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen auf der einen Seite und zu hochwertigen Dienstleistungen auf der anderen Seite, führt dazu, dass Ungelernte, Geringqualifizierte und nur eingeschränkt Erwerbsfähige und Mobile auf der Strecke bleiben, wogegen bei der Suche nach Fachkräften in einigen Branchen immer wieder und gegenwärtig massiv Engpässe auftreten.

Weiterbildung und Personalentwicklung werden in Unternehmen noch immer stark vernachlässigt. Notwendige betriebspolitische Konzepte wie systematische Personalentwicklung, Familienfreundlichkeit, betriebliche Weiterbildung auch für Un- und Angelernte sowie ältere Beschäftigte müssen ergänzt werden durch eine aktive Weiterbildungspolitik, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sowie ein Segment öffentliche geförderter Beschäftigung. Hinzutreten müssen Erleichterungen für den Verbleib qualifizierter Studienabsolventen aus dem Ausland sowie für den Zuzug und die Einstellung von Fachkräften aus dem Ausland.

Aus Gründen der unternehmerischen Selbstbestimmung im klein- und mittelständischen Bereich stehen wir den Zwangsbeiträgen der Unternehmen zur Industrie- und Handelskammer (IHK) kritisch gegenüber und plädieren für die Überprüfung der gesetzlichen Aufgaben der IHK. Wir treten für die Abschaffung des allgemein-politischen Mandats des Industrie- und Handelskammertags (DIHK) ein, solange der DIHK aus den Zwangsbeiträgen der IHK finanziert wird. So ist es zum Beispiel ein Unding, dass der DIHK, finanziert auch aus den Zwangsbeiträgen, die junge Unternehmen der Solar- oder Windbranche zu entrichten haben, völlig einseitig die Interessen der großen Energieversorgungsunternehmen vertritt.

Dritter Sektor

Im globalen, finanzmarktgetriebenen Kapitalismus mit seinen erhöhten Flexibilitätsanforderungen steigt der Bedarf nach Lebens- und Wirtschaftsbereichen, die alternativen Unternehmensphilosophien folgen und soziale Verantwortung übernehmen. Im gemeinwohlorientierten und genossenschaftlichen Sektor wurden in der Vergangenheit häufig technische, organisatorische und soziale Innovationen entwickelt, bevor MarktakteurInnen in der Lage waren, die Chancen zu erkennen. Beispiele dafür sind Ökoläden, Car Sharing, Bürgerbeteili-

gungen an z.B. Wind-, Biomasse- und Solarenergieprojekte. Deshalb unterstützen wir genossenschaftliche und selbst verwaltete Betriebe ebenso wie gesellschaftliche Initiativen von Menschen, die z.B. ihre Mietshäuser oder Betriebe in Genossenschaften erwerben wollen.

Auf dem Weg in die Wissensgesellschaft

Wir befinden uns inmitten des Wandels der alten Industriegesellschaft zu einer modernen wissensbasierten Ökonomie. Dazu gehört auch eine Neudefinition von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Wissensgesellschaft, die besonders den Bereich Zugang zu Wissen und Informationen beinhaltet.

Im Rahmen dieses offenen Prozesses muss der Staat im übrigen sicherstellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger gleichen und freien Zugang zu Bildung bekommen, und zwar lebenslang. Ein wesentliches Element der Armut und ihre Reproduktion ist schließlich auch Bildungsarmut. Bildung für alle ist die zwingende Voraussetzung für unser Bestehen in einer von Globalisierung geprägten Welt. Der wirtschaftliche Erfolg in der globalisierten Wissensgesellschaft hängt von der Frage ab, ob ein Land in der Lage ist, die Fähigkeiten seiner Bürgerinnen und Bürger – ihre Fertigkeiten, ihr Wissen und ihre Kreativität zu mobilisieren. Zur Wissensgesellschaft gehört die Fähigkeit zur Innovation. Der Kostenwettbewerb der vergangenen Jahre, der dazu geführt hat, dass viele unser Land auf einen Standort verengt haben, muss zu einem Wettbewerb um Innovationen werden. Der Staat muss die Bedingungen für die Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft optimieren. Er muss weniger bürokratisch agieren, Subventionen abbauen, die Forschungslandschaft verbessern und in der Lage sein, gesellschaftliche Ziele für den Innovationsprozess zu setzen.

Eine Herausforderung des „digitalen Zeitalters“ stellt sich mit den Fragen „Wie wird Wissen allen zur Verfügung gestellt? Dazu zählen auch gezielte Infrastrukturmaßnahmen für eine flächendeckende, kostengünstige Breitbandversorgung. Genauso fordern wir den Aufbau von frei zugänglichen Archiven mit freilizenzierten Inhalten in offenen Formaten, die mit öffentlichen Mitteln produziert wurden, ganz im Sinne des „Open Access“. Gleiches gilt für öffentlich finanzierte Softwareprojekte. Wichtig ist auch die Frage, „wie weit werden ökonomische Interessen der Verwertung neuer Entdeckungen geschützt und wie ermöglicht man gleichzeitig eine breite Teilhabe aller an ihnen?“. Für uns gilt: Auch Geistiges Eigentum verpflichtet. Daher wollen wir eine Modernisierung des Urheber- und Patentrechts.

Wir benötigen ein modernes Urheberrecht, das dem Bedarf von Bildung und Wissenschaft gerecht wird. Dies erreichen wir durch die Förderung alternativer Lizenzen. Wir bekräftigen ausdrücklich unser Bekenntnis zu Creative Commons, zu offenen Formaten und zu den Lizenzen Freier Software. Technologien wie DRM (Digital Rights Management) lehnen wir daher als wettbewerbs- und innovationsfeindlich ab. Wir treten für klare Reformen beim jetzigen Urheberrecht ein, wir fordern deutlich kürzere Laufzeiten und einen Abbau der einseitigen internationalen Abkommen. Für uns muss sich der Urheber wieder jederzeit frei entscheiden können, welchen Schutz er benötigt - und nicht

ausschließlich kommerzielle Verwertungsgesellschaften oder Unternehmen für ihn. Die Grüne Marktwirtschaft muss derart gestaltet sein, dass keinerlei Wettbewerbsnachteile entstehen, wenn sich MarktteilnehmerInnen für eine freie Lizenzierung entscheiden.

Heutzutage wirken sich insbesondere Patente immer häufiger als wettbewerbsverzerrend aus und vergrößern globale Ungerechtigkeiten. Wir wollen Patentlaufzeiten dort verkürzen, wo dies zu mehr Innovationsdynamik führt. Zudem gibt es zweifelsohne Bereiche, in denen das Patentsystem durch andere Innovationsregime ergänzt werden muss. Dazu gehören z.B. Medikamente für Krankheiten wie Malaria oder auch ökologische Innovationen, da hier das Patentsystem wegen zu geringer kaufkräftiger Nachfrage oder wegen externer Effekte zu geringe Forschungsanreize setzt. Wir treten deshalb für ein System ein, in dem durch einen staatlich finanzierten Fonds gewisse Grundlagenforschung, besonders im Kampf gegen die momentan verheerendsten Krankheiten und für den Schutz ökologischer Systeme, vorangetrieben bzw. allen kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Für uns gilt: Gesundheit vor Patenten. In diesen Bereich gehört auch Software, denn in der Wissensgesellschaft stellt Software ein ebensowichtiges Instrument dar wie der Buchdruck. Softwarepatente beschränken neue technologische Entwicklungen zu sehr, daher sind sie nicht zielführend. Schon heute ist Software durch die bisherigen Gesetze ausreichend geschützt.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher stärken

Verbraucherinnen und Verbraucher spielen in der Grünen Marktwirtschaft eine Schlüsselrolle. Nur wenn Verbraucher sich auf faire Marktbedingungen verlassen und ihre Rechte im Streitfall effektiv durchsetzen können, werden sie vertrauensvoll am Marktgeschehen teilnehmen. Und nur gut informierte Verbraucher können das Angebot des Marktes wirksam beeinflussen und durch an sozialen und ökologischen Kriterien ausgerichtete Kaufentscheidungen zum Wandel der Wirtschaft beitragen. Deshalb sind Verbraucherschutz, Verbraucherinformation und fairer Wettbewerb für uns wichtige Voraussetzungen für wirtschaftlichen Fortschritt und Innovation. Ein weit reichendes Verbraucherinformationsgesetz und Sammelklagen sowie Verbandsklagen, mit denen Verbraucher sich wirksamer gegen unfaire Geschäftspraktiken zur Wehr setzen können, stehen aus unserer Sicht ganz oben auf unserer politischen Agenda. Gesundheitlicher Verbraucherschutz muss Vorrang haben vor wirtschaftlichen Interessen. Schwere Verstöße gegen VerbraucherInnenrechte sind nicht nur durch private Schadensersatz- und Unterlassungsklagen zu unterbinden, denn die VerbraucherInnen können nur eine gewisse Menge an Informationen aufnehmen und daher auch nur in gewissen Rahmen die eigenen Interessen schützen. Auch das Wettbewerbsrecht hilft mitunter nur unzureichend ab. Hier muss auch weiterhin z.B. über den staatlichen Entzug von Gewerbe- oder Betriebserlaubnis eingegriffen werden können.

Für ein neues Unternehmertum in gesellschaftlicher Verantwortung

Grüne Marktwirtschaft setzt auf selbstbestimmte UnternehmerInnen, die bereit und in der Lage sind, persönliche Risiken einzugehen und Verantwortung für ihre Beschäftigten zu übernehmen. Nicht die abgehobenen Manager, die keine persönlichen Risiken tragen und

bei Fehlern mit vergoldeten Handschlägen verabschiedet werden, sind unser Leitbild. Wir brauchen neue Unternehmerinnen und Unternehmer, die Gewinne erzielen wollen, ohne dabei das Gemeinwohl zu vergessen. Wir wenden uns explizit gegen das oft verbreitete einfache Bild vom bösen Unternehmer. Unsere Wirtschaftspolitik setzt auf ein Unternehmertum in gesellschaftlicher Verantwortung, das Gewinnmaximierung nicht über alles stellt. Regionale Verankerung von Unternehmen und UnternehmerInnen kann solche Verantwortung unterstützen. Regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken ist auch aus diesem Grunde ein Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Deswegen kämpfen wir gegen Korruption, Bestechung und gegen die heute weit verbreitete Aufsichtskultur großer Kapitalgesellschaften, die systematisch die Pflichten verantwortungsvoller Unternehmensführung verletzt. Märkte und Unternehmende neigen dazu, Politik zu ihrem Vorteil beeinflussen zu wollen und somit Politikversagen zu provozieren. Ein Wissensaustausch zwischen Politik und Wirtschaft ist legitim und wünschenswert, darf jedoch die Gemeinwohlorientierung nicht untergraben. Deswegen muss dieser Austausch mit Interessensvertretern für die Öffentlichkeit transparent sein und nach klar definierten Regeln erfolgen.

Grünes Gründerland

Grüne Marktwirtschaft braucht Gründerinnen und Gründer mit ihren neuen Ideen und ihrem risikoreichen Einsatz. Mit dem Mut zum Sprung in die Selbständigkeit schaffen sie Arbeitsplätze und Perspektiven für sich und andere. Die Entwicklungsgeschichte der Erneuerbaren Energien zeigt es: Die große Herausforderung des Klimawandels und die immer schnellere Technologieentwicklung verlangen nach einem guten Gründerklima, da Innovationen oft neue Strukturen brauchen, um zum Tragen zu kommen. In Deutschland liegt jedoch viel Gründungspotenzial brach, gerade bei Frauen: Nur ein Drittel der Vollerwerbsgründungen sind bei uns weiblich. Daher wollen wir, dass unser Bildungssystem besser auf Gründung und Selbständigkeit als berufliche Perspektive vorbereitet. Kleinkredite und Eigenkapitalbildung müssen bei der Finanzierungsförderung der Förderbanken von Bund und Ländern einen größeren Stellenwert einnehmen, um die Markteintrittsbarriere für Gründerinnen und Gründer zu senken.

Auch in der Internationalität stecken Chancen für mehr Beschäftigung und Wertschöpfung im Mittelstand. Sie ist bereits heute ein wichtiger Standortfaktor und wird im zunehmenden Wettbewerb um Fachkräfte an Bedeutung gewinnen. Wir wollen GründerInnen und AusbilderInnen mit Migrationshintergrund im Rahmen der Gründungsförderung unterstützen, die Chancen von Menschen mit Migrationshintergrund durch Ergänzung der Mehrsprachigkeit um fachsprachliche Kompetenzen stärken und mehr Internationalität bspw. in Verwaltungen und Gesundheitseinrichtungen fördern.

Neben besseren Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Abbau anderer hemmender Strukturen gehört dazu auch die zielgruppengerechte Förderung von Frauen, die ihre eigene Chefin sein möchten, sprich von Unternehmensgründerinnen.

Stärkung der Beschäftigten

Grüne Marktwirtschaft will die Selbstbestimmung und Entscheidungskompetenzen der abhängig Beschäftigten stärken, auch im Interesse der Betriebe. Mitarbeiter, die in ihrem Betrieb tatsächlich etwas zu sagen haben, sind zufriedener und produktiver Mitarbeiter. Innovationsprozesse laufen nicht unter Angst vor Entlassungen ab. Sie verlangen eine Kultur des Vertrauens und des Respekts vor den Fähigkeiten aller Mitarbeiter. Bestandteil einer modernen Unternehmenskultur ist es deshalb, MitarbeiterInnen über die bestehenden Mitarbeiterrechte hinaus systematisch in Unternehmensentscheidungen einzubinden und sie am Erfolg teilhaben zu lassen. Tarifautonomie und starke Tarifpartner sind bewährte sozialpartnerschaftliche Einrichtungen, die nicht ausgehöhlt werden dürfen. Wir halten fest an Flächentarifverträgen, einem einheitlichen und solidarischen Tarifgefüge in den Unternehmen und starken Betriebsrätinnen und Betriebsräten. Deshalb betrachten wir durchsetzungsstarke und reformbereite Gewerkschaften als wichtige Partner grüner Politik.

Frauen in die Chefetagen

Im Wirtschaftsgeschehen in Deutschland sind Frauen entgegen aller Sonntagsreden immer noch nicht gleichberechtigt. Dies zeigt sich bei unterschiedlichen Löhnen für gleichwertige Arbeit ebenso wie bei der Vergabe von Führungspositionen. Weniger als 10 Prozent der 80 000 Führungspositionen in der deutschen Wirtschaft sind mit Frauen besetzt. Grüne Marktwirtschaft will dies zugunsten der Frauen und zugunsten der Wirtschaft ändern. Wir fordern eine Quote für die Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen nach norwegischem Vorbild. Der Frauenanteil muss bis 2012 bei mindestens 40 Prozent liegen, sonst greifen Sanktionen gegen die Unternehmen bis hin zur Entziehung der Zulassung zur Börse. Zu einem modernen Begriff von Gerechtigkeit gehört die Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern. Das Nichtberücksichtigen der Frauen stellt im Übrigen eine Missachtung ihres kreativen Potentials dar. Das ist auch wirtschaftlich gesehen ein Fehler. Wer hoch qualifizierte Frauen wegen fehlender Kinderbetreuung, wegen Fehlanreizen im steuerlichen Bereich oder einfach wegen der Borniertheit von Personalchefs der Wirtschaft entzieht, verhindert Gleichberechtigung und handelt auch im streng ökonomischen Sinn nicht rational. Deshalb fordern wir auch ein effektives Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft und Änderungen im Vergaberecht. Öffentliche Aufträge sollen bevorzugt an Unternehmen vergeben werden, die effektive Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern vorweisen.

In öffentliche Güter investieren

Der Staat hat die Aufgabe dafür zu sorgen, dass öffentliche Güter (Verkehrsinfrastruktur, Bildung, Wasser etc.) für alle in ausreichender Qualität zur Verfügung stehen. Wir setzen auf eine Investitionsstrategie für den Erhalt der bestehenden Infrastrukturen und den qualitätsorientierten Ausbau von Infrastrukturen der Zukunft. Beides muss verbunden sein mit Strukturreformen wie beispielsweise im Bildungssystem. Der Staat muss und kann dabei nicht alles selber machen, aber er muss sicherstellen, dass es in ausreichender Qualität gemacht wird. Die Privatisierung von Teilaufgaben kann sinnvoll sein, es fehlt aber auch nicht an Negativbeispielen. Privatisierung darf nicht bedeuten, dass die Grundverantwortung des Staates für öffentliche Güter aufgegeben wird oder dass Gewinne privatisiert, Verluste und Folgekosten aber auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Auch bei Privatisierungen braucht man Regeln und Regulierungen zur Durchsetzung und Beachtung des

Gemeinwohls.

Wettbewerb statt Monopolwirtschaft

Zum Ordnungsrahmen der Wirtschaft gehört ganz zentral eine durchsetzungsfähige Wettbewerbspolitik, die dafür sorgt, dass Wettbewerb auch tatsächlich stattfindet. Auf dem Markt erzielte Vorsprünge einzelner Unternehmen dürfen nicht zur Errichtung dauerhafter Monopole oder Oligopole führen. Marktbeherrschende Unternehmen wie die großen Energieversorger müssen notfalls mit den Mitteln des Kartellrechts entflochten werden. Das Strom- und Gasnetz sowie die Schiene bedürfen als natürliche Monopole der staatlichen Regulierung mit dem Ziel, allen Anbietern einen diskriminierungsfreien Netzzugang zu ermöglichen. Auch bei der Post und der Telekom müssen die Wettbewerbsvorteile der ehemaligen Monopolisten ausgeglichen werden. Hier muss der Staat im Sinne effektiven Wettbewerbs und fairer Tauschprozesse am Markt eingreifen.

Das Vorhaben der großen Koalition, die Deutsche Bahn inklusive des Schienennetzes und der Bahnhöfe an der Börse zu privatisieren, widerspricht daher unseren Vorstellungen. Es handelt sich um das Vernichten von Volksvermögen. Öffentliche Infrastruktur wie das Schienennetz darf nicht zum Opfer privatwirtschaftlicher Rentabilitätsüberlegungen werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher eine klare Trennung von Netz und Betrieb.

Eine engagierte Ordnungspolitik schafft erst die Voraussetzungen dafür, dass die Marktwirtschaft wirklich funktionieren kann. Sich selbst überlassene Märkte neigen dazu, früher oder später das Überleben einiger weniger Großer zu garantieren, während vielfältige Innovations- und Ideenträger vom Markt verdrängt werden. Der Staat hat die Aufgabe, Wettbewerb auf gleicher Augenhöhe zu gewährleisten.

Zur Rolle des Staates

Wir glauben nicht an die Ideologie eines Nachtwächterstaates, der nur noch für innere und äußere Sicherheit zuständig sein soll. Wir wollen einen starken Staat, der die richtigen Rahmenbedingungen für Märkte national und international durchsetzen kann. Wir wollen einen Staat, der Markt und Wettbewerb auch gegen Monopole im Interesse der verschiedenen Marktteilnehmer schützt. Das ist nicht der allmächtige Staat, der sich in alles einmischt, weil er glaubt, alles besser zu können. Ein starker Staat ist ein Staat, der sich zurückhält und der die Autonomie und Selbstbestimmung der Gesellschaft achtet und fördert. Unser Staatsverständnis fördert den Grundgedanken der Subsidiarität und denkt vom Ansatz her dezentral.

Stark ist ein Staat nur dann, wenn effizientes Controlling das Handeln von Behörden und Unternehmen in (teilweise) öffentlichem Eigentum klar am öffentlichen Auftrag ausrichtet, wenn klare Verantwortlichkeiten herrschen und staatliches Handeln transparent ist. Grüne Marktwirtschaft will den öffentlichen Sektor und die öffentliche Beschaffung gezielt auf neue ökologische, geschlechtergerechte und soziale Herausforderungen ausrichten.

Ein starker Staat ist kein Schuldenstaat - schon deshalb, weil die Schulden von heute die

ausbleibenden Investitionen von morgen sind. Es ist ein Armutszeugnis für die politisch Verantwortlichen, wenn sie die heutigen staatlichen Leistungen durch Verschuldung zu Lasten künftiger Generationen finanzieren. Wir wollen die Wirtschafts- und Haushaltspolitik besser verknüpfen und mit verbindlichen Regeln gerade in Aufschwungszeiten konsolidieren.

Für ein gerechtes Steuersystem

Ein starker Staat ist sparsam, aber er ist auch in der Lage, in einer gerechten Form die Steuern zu erheben, die er zur Bewältigung seiner Aufgaben braucht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fallen nicht in den Chor derjenigen ein, die immer wieder nach neuen Steuersenkungen rufen. Die Verarmung der öffentlichen Hand werden wir nicht zulassen. Allerdings sind wir überzeugt, dass unser Steuersystem transparenter, einfacher und gerechter werden muss, weil es sonst die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger verliert. Darüber hinaus nutzt ein zu kompliziertes Steuersystem vor allem denen, die sich aufgrund guter Einkommen Steuervermeidungsberater einkaufen können.

Ziel eines transparenten und gerechten Einkommensteuersystems muss es sein, dass starke Schultern auch real mehr Steuern zahlen. Dazu müssen die realen Steuersätze den nominalen Sätzen angeglichen werden, indem die Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer verbreitert wird. Zudem treten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, dass kleine und mittlere Einkommen vor der kalten Progression geschützt werden sollen. Um die Steuergesetze konsequenter umzusetzen, wollen wir eine Bundessteuerverwaltung schaffen. Der Spitzensteuersatz ist auf 45% anzuheben. Wir wollen, dass große Kapitalgesellschaften den Unternehmenssteuersatz von 30% auch tatsächlich bezahlen. Reiche und Vermögende sollen mittels Vermögensbesteuerung stärker zur Finanzierung unseres Gemeinwesens beitragen. Im Rahmen der zu reformierenden Erbschaftssteuer werden endlich alle unterschiedlichen Vermögensarten gleichermaßen in die Bemessungsgrundlage eingehen. Über die Ausgestaltung des Steuertarifs muss gesichert werden, dass große Vermögen in Zukunft einen höheren Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten. Wir kritisieren die Reform der Großen Koalition, die reiche Erben entlastet und neue Steuerschlupflöcher schafft. Wir wollen keine aufkommensneutrale Reform, sondern das Aufkommen deutlich steigern. Die Mehreinnahmen sollen Zukunftsinvestitionen finanzieren. Es gilt die Bildungsinfrastruktur in Ländern und Kommunen auszubauen und bessere Bedingungen für eine gute Ausbildung aller Kinder und Jugendlichen zu schaffen. Die Gewerbesteuer ist das Rückgrat der kommunalen Finanzen. Wir wollen sie zu einer wertschöpfungsorientierten kommunalen Wirtschaftssteuer ausbauen. Zu dieser besseren Infrastruktur wird auch die Abschaffung der Subventionierung der Ehe beitragen. Wir fordern die Einführung einer Individualbesteuerung, die alle Menschen gleich behandelt und die Abschaffung der Steuerklassen drei und fünf. Als ersten Schritt schlagen wir deshalb eine Individualbesteuerung mit einem übertragbaren Höchstbetrag vor, um unterhaltsrechtlichen Verpflichtungen der EhepartnerInnen gerecht zu werden. Auch die Grundsteuer wirkt als kommunale Vermögenssteuer.

Für einen globalen Ordnungsrahmen und ein starkes, soziales und ökologisches Europa

Deutschland ist keine Insel. Wir sind zu unserem Nutzen eingebunden in die Europäische

Union und wir profitieren in der Summe von der Globalisierung. Die Globalisierung braucht Regeln und neue demokratisch legitimierte Institutionen, die die offensichtlichen Mängel von G8 und WTO, von Weltbank und IWF überwinden. Weder Abschottung noch Freihandelsideologie können als Richtschnur für eine gerechte Entwicklung der Weltwirtschaft dienen.

Chancen für die Neuen Bundesländer

Längst nicht nur, aber besonders in Ostdeutschland, macht der wirtschaftliche Strukturwandel viele Menschen zu Verlierern. Wirtschaft und Arbeitsmarkt drohen zwischen den attraktiven Boomstandorten und der Billiglohnkonkurrenz im Osten Europas aufgegeben zu werden. Junge Menschen und gut ausgebildete Fachkräfte wandern ab, Billigjobs z.B. in Callcentern nehmen zu und das Lohnniveau bestehender Arbeitsplätze, z.B. im Handwerk, gerät immer mehr unter Druck. Der Grundsatz von der Angleichung der Lebensverhältnisse erscheint nicht erfüllbar, besonders ländliche Gebiete – ob in der Altmark oder mancher westdeutschen Region – entvölkern sich.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plädieren für einen realistischen Umgang mit dieser Situation. Auch das ist Ostdeutschland heute: In Zentren wie Dresden, Leipzig-Halle, Jena und Potsdam verläuft die Entwicklung vielversprechend. Mit ihrem Angebot aus vorhandenen Flächen, Wohnungen und Infrastruktur und ihrer Attraktivität ziehen sie – genau wie einige bayrische Regionen vor 20 Jahren – Fachkräfte und Firmen an, Wirtschaftscluster bilden sich. Auch in anderen Regionen wird an historische Strukturen, wie z.B. ehemaliger Chemieindustrie, oder benachbarte Cluster, z.B. die Automobilindustrie in Niedersachsen, angeknüpft. Besonders auffällig und ermutigend ist aber die Ansiedlung großer Arbeitgeber im Bereich der Erneuerbaren Energien. Ob Solarenergie in Frankfurt/Oder, Erfurt und Thalheim, Windanlagen in Aurich und Magdeburg oder Biotreibstoff in Schwedt – die Hersteller erneuerbarer Energien zieht es offenbar häufig in Regionen, die sonst nicht im Fokus stehen.

Diese Entwicklung kommt nicht von allein. Sie ist die Folge eines von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geförderten Strukturwandels. Regionen, die die Herausforderungen der solaren Gesellschaft^[1] und der Wissensgesellschaft annehmen, statt sie zu negieren, werden profitieren. Auch im Tourismus und in der Kulturwirtschaft zeigen sich vielfach erfolgversprechende Beispiele, die weiter unterstützt werden müssen. Wir wollen Fördergelder für einen gezielten Strukturwandel einsetzen, in dem wir das Prinzip der Gießkanne ablösen durch die gezielte Stärkung erfolgversprechender Wirtschaftscluster. Solche Cluster können Großstädte umschließen, aber auch kleinteiliger sein und z.B. auf der Kooperation mit einer Fachhochschule beruhen.

Die positiven Beispiele beruhen auf der Attraktivität der jeweiligen Regionen für die Menschen, auch für Fachkräfte, die zu nicht unerheblichen Teilen aus den "reichen" Regionen (zurück) kommen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher dafür ein, mehr Menschen zum Bleiben und Kommen zu bewegen und stehen damit für eine hohe Lebensqualität, weniger Abwanderung und mehr Zuwanderung.

Auch wenn andere Regionen ähnliche Phänomene aufweisen: Ostdeutschland steht vor

großen Herausforderungen. Die demografische Entwicklung, die ungünstige Wirtschaftsstruktur und knapper werdende Finanzmittel werden die zukünftige Entwicklung beeinflussen. Es bedarf auch zukünftig einer gesamtdeutschen Anstrengung für den Aufbau Ost, damit die positiven Ansätze sich verfestigen und stärker auf angrenzende Regionen ausstrahlen. Dafür braucht es vor allem eine Strategie, die den ostdeutschen Strukturproblemen gerecht wird. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher einen Paradigmenwechsel in der Aufbau-Ost-Politik. Die Verlängerung der Investitionszulage Ost lehnen wir ab. Mehr Autonomie für die lokalen Akteure, verstärkte Investitionen in Bildung und in die Nutzung der Natur und Kulturlandschaft sind zentrale Elemente einer grünen Aufbau-Ost-Strategie.

Grüne Marktwirtschaft tritt vielmehr für faire Zugangschancen für alle zum Welthandel ein. Derzeit bestehen für die ärmsten Länder keine gerechten Zugangschancen zum Welthandel. Nicht zuletzt wegen der protektionistischen Handelsschranken der reichen Industrienationen. Wer wie die Europäische Union und die USA die Agrarprodukte unter den Weltmarktpreis subventioniert und gleichzeitig den Abbau von Zöllen bei anderen erzwingt, zerstört die Entwicklungsmöglichkeiten ärmerer Länder, die solche Subventionen für ihre Agrarprodukte nicht finanzieren können. Die Stärkung von regionalen Wirtschaftskreisläufen ist ein zentrales Anliegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Regionale Produkte und Leistungen sind mitunter zielgenau auf die Bedürfnisse der VerbraucherInnen angepasst und verursachen geringere Transportkosten. Damit können sie Wirtschaft und Ökologie schützen, ohne dabei diskriminierend zu sein - im Unterschied zu protektionistischem Handelsgebaren. Wir wollen faire Marktchancen eröffnen, d.h., Produkte aus ärmeren Ländern dürfen nicht über Sozial- und Ökodumping, Produkte aus den Industrienationen nicht über Subventionen ungerechtfertigte Vorteile auf den jeweils anderen Märkten erhalten.

Wir wollen einen globalen Ordnungsrahmen für den Weltmarkt, der ökologische und soziale Grundstandards für alle verbindlich festlegt. Dies gilt auch für die Finanzmärkte und eine effektive Finanzaufsicht, die systemische Risiken einschränkt. Noch fehlt ein globaler Ordnungsrahmen, der geeignet wäre, den Kampf gegen Hunger und ökologische Zerstörung effektiv zu unterstützen, die Einhaltung der grundlegenden Menschenrechte im Wirtschaftsprozess sicherzustellen und für die gerechte Verteilung der Globalisierungserträge zu sorgen. Ohne einen solchen Ordnungsrahmen wird die internationale Konkurrenz der Standorte zu einem endlosen Dumping-Wettbewerb um die niedrigsten Löhne, die schlechtesten Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen und die geringsten Auflagen für die Umwelt.

Unseren Finanzmärkten fehlen Transparenz, klare Regeln für den Anlegerschutz zum Beispiel bei der privaten Altersvorsorge und eine Finanzmarktaufsicht, die präventiv tätig werden kann. Die Vervielfachung des kurzfristig um den Globus zirkulierenden, spekulativ angelegten Finanzkapitals erhöht die Risiken für Währungs- und Finanzkrisen mit weitreichenden sozialen Folgen. Die Transparenz auf den Finanzmärkten muss für die Akteure als auch für die Notenbanken und die Finanzmarktaufsichtsbehörden so erhöht werden, dass Krisen rechtzeitig erkannt und Interventionen adäquat vorbereitet und durchgeführt werden können. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind für die Besteuerung spekulativer Kapitaltransaktionen, zum Beispiel durch eine weiterentwickelte Tobinsteuer, um das spekulative Tempo auf den Finanzmärkten begrenzen zu können. Die geschickte Verpackung von Kreditrisiken in immer neue Finanzprodukte, die zur undurchschaubaren Weitergabe von Risiken führt,

muss gestoppt werden. Risiken können nur unter größtmöglicher Transparenz verbrieft und weitergereicht werden. Sonst werden sie zu einer Gefahr für die Realwirtschaft und damit für die Beschäftigung. Deshalb halten wir es für absurd, dass Finanzmarktinstitutionen wie Hedgefonds, Beteiligungsgesellschaften oder die außerbilanzlichen Zweckgesellschaften der Banken nicht der Finanzmarktaufsicht unterliegen.

Grüne Politik denkt europäisch. Wir sehen die Europäische Union als strategisch entscheidende Institution, die ökologische und soziale Rahmenbedingungen für den europäischen Binnenmarkt festlegt und damit einen entscheidenden Beitrag leistet auf dem schwierigen Weg zur gerechten Gestaltung der Globalisierung. Als großer Wirtschaftsraum mit 450 Millionen Menschen kann und muss Europa positive Standards für die ökologisch und sozial gerechte Globalisierung setzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein soziales Europa schaffen, in dem Steuerflucht bei Kapitalerträgen wirksam bekämpft wird und mit einem europäischen Unternehmensteuerrecht und Mindeststeuersätzen die Beteiligung der Unternehmen an der Finanzierung staatlicher Aufgaben gesichert wird. Die zusammenwachsende Union braucht auch eine gemeinsame bzw. koordinierte Makropolitik. In der Vergangenheit hat sich die geldpolitische Steuerung der EZB als nicht immer stabilisierend erwiesen. Dies ist zum einen der Schwierigkeit geschuldet, sehr unterschiedliche konjunkturelle Situationen in den Euroländern berücksichtigen zu müssen. Die nationalen Fiskalpolitiken auf der anderen Seite sind durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt gebunden. Neben der Begrenzung von Defiziten muss es Anreize zum Sparen in guten Zeiten geben. Wir wollen den Stabilitäts- und Wachstumspakt dahingehend reformieren. Die fehlende Koordinierung der Tarifpolitik in Europa führt zu Zahlungsbilanzungleichgewichten und Lohnsenkungswettläufen, da der nominale Wechselkurs als Ausgleichsmechanismus innerhalb der Eurozone nicht mehr existiert. Der bislang existierende Kölner-Prozess ist erst ein kümmerlicher Einstieg in eine solche Koordinierung. Im Rahmen der Koordinierung muss auch die Rolle des Europäischen Gewerkschaftsbundes und der europäischen Arbeitgeberverbände gestärkt werden, außerdem stellt sie eine wichtige Voraussetzung für die Schaffung von europäischen Standards in der Sozial- und Steuerpolitik dar.